

## **Ä5 zu L-1: Unser Leben vor eure Profite! - Damit gute Arbeit für Alle endlich möglich wird**

Antragsteller\*innen      Charlotte Langen (KV Mainz), Sarah Bolz  
                                         (KV Speyer), Sara Pasuki (KV  
                                         Donnersberg), Joachim Janas (KV Mainz)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 14 bis 15 einfügen:**

gestellt. Eine Vision für einen Sozialstaat, der gleiche Chancen für alle schafft und Besitz gerecht verteilt, ist nicht nur weit entfernt, die Bundesregierung arbeitet aktiv dagegen.

Die Schere zwischen Arm und Reich wächst. Und das laut Oxfam sowohl global zwischen Ländern als auch innerhalb Deutschlands. Bildung in Deutschland bleibt im europäischen und OECD-Vergleich stark einkommensabhängig. Schon früh werden spätere Berufschancen strukturell erschwert oder vorgezeichnet. Entscheidend für den Studienerfolg ist meist das Glück des Geburtsrechts per Elternhaus und weniger die tatsächliche Leistung. Das verhindert soziale Mobilität bzw. Aufstieg. Dadurch verstetigt sich soziale Ungleichheit und wirtschaftliche Ausbeutung nimmt weiter zu.

Zugleich rasen wir ungebremst auf eine eskalierende Klimakrise zu, deren Folgen die Ärmsten der Gesellschaft am stärksten trifft. Als GRÜNE JUGEND sind Themen der Nachhaltigkeit wie Umwelt-, Klima- und Tierschutz von vorderster Priorität. Die Klimakrise muss interdisziplinär gedacht und als soziales Problem verstanden werden. So ist es die Klimakrise, die den Arbeitsmarkt vor enorme Herausforderungen stellt. Für eine Dekarbonisierung der Wirtschaft müssen wir dringend elektrifizieren, regenerative Baustoffe nutzen, recyceln, ökologisch anbauen, wasser- und flächenverbrauch reduzieren. Ganze Branchen werden sich dadurch wandeln oder verschwinden, während neue Arbeitsfelder entstehen, die gute und nachhaltige Arbeit ermöglichen. Doch statt auf eine sozial-ökologische Transformation hinzuarbeiten, setzt die Bundesregierung weiter auf ein fossiles Arbeitsmodell.

Deshalb halten wir ein Klimageld für unumgänglich. Eine sozial gerechte Rückverteilung der CO2-Bepreisung kommt Haushalten mit geringem Einkommen und Emissionen

zugute. Die Umsetzung kann unbürokratisch und pauschal über die Steuer oder Krankenkassen umgesetzt werden. Dieser Ausgleich bietet auch monetäre Anreize für klimafreundliches Verhalten und erhöht die Akzeptanz für Klimaschutz signifikant.

Ein Sozialstaat der Zukunft muss nicht nur soziale Gerechtigkeit sichern, sondern auch die natürlichen Lebensgrundlagen schützen und den Klimawandel ernst nehmen. Denn es erwarten uns sonst katastrophale wirtschaftliche, ökologische und menschliche Verluste, wenn wir die planetaren Grenzen des Wachstums weiterhin überschreiten.

### **Begründung**

Klima, Klima, Klima.

Patrick sagt: Wir nehmen die CO<sub>2</sub>-Preise und stecken sie einfach ins Klimageld!

...und ich mag Moneten.